



Klaus Mindrup
Mitglied des Deutschen Bundestages

Klaus Mindrup, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Berlin, den 08.08.2017

Klaus Mindrup, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Unter den Linden 50

Telefon: (030) 227- 75116
Telefax: (030) 227- 70117
Email: klaus.mindrup@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Kopenhagener Straße 76
10437 Berlin
Telefon: (030) 965 11 403
Telefax: (030) 956 04 024

Email: wahlkreis@klaus-mindrup.de
www.klaus-mindrup.de

Position zum Diesel-Skandal und Konsequenzen

Klaus Mindrup, (MdB) und Direktkandidat der Berliner SPD

Vor zwei Jahren begann der Skandal um Betrugssoftware in Dieselfahrzeugen von VW. Was sich als Versagen eines einzelnen Konzerns dargestellt hatte, entpuppt sich nun als organisierter Betrug deutscher Autohersteller und Teilen der Zulieferindustrie. Aufsichtsbehörden und Teile der Politik haben diesen Skandal mit ermöglicht.

Der „Dieselgipfel“ hat zur Lösung des Problems nicht beigetragen und den Eindruck erweckt, Politik und Wirtschaft würden die gesundheitlichen Belastungen der von den Emissionen tagtäglich Betroffenen in den Städten ignorieren und auch die Konsequenzen für die Eigner von Dieselfahrzeugen nicht beachten. Ziel der Absprachen zwischen den Herstellern der Diesel-Fahrzeuge und dem Bundesverkehrsminister in der letzten Woche war es offensichtlich lediglich Zeit zu gewinnen und zu hoffen, dass sich der Skandal damit zerstreuen lässt.

Tatsächlich ist die Einigung zwischen Autoindustrie, Bund und Ländern ein Schlag ins Gesicht der Eigentümer von Dieselfahrzeugen. Mit einer Aktualisierung der Software in Diesel-Autos kommt die Industrie zu glimpflich davon. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird aber auch eine neue Software nicht die Ergebnisse betrügerischer Absprachen und baulicher Mängel richten. Weiterhin werden die Grenzwerte in vielen Fällen nicht eingehalten. Daher sind Fahrverbote in Innenstädten auch nach dem Gipfel ein wahrscheinliches Szenario. Betriebe, Handwerker und private Nutzer würden in Ihrer Fahrzeug-Nutzung extrem eingeschränkt und müssten außerdem den wirtschaftlichen Schaden des Wertverlusts ihrer Fahrzeuge tragen, nach derzeitigen Schätzungen 15 Milliarden Euro. Wir haben es hier mit einem Versagen selbsternannter Eliten zu tun, die in den letzten Jahren immer die Leistungsgesellschaft gepredigt haben und sich jetzt vor ihrer Verantwortung drücken wollen.

Dabei geht es neben dem Schutz des Klimas und unserer Gesundheit auch um die Zukunft der deutschen Automobilindustrie. Diese muss offensichtlich vor ihren eigenen nur dem kurzfristigen Profit



verpflichteten Managern geschützt werden. Wenn Manager und Aufsichtsräte der deutschen Automobilindustrie durch strafbare Absprachen und auf Kosten der Konsumenten Innovation und Investitionen dem Ziel kurzfristiger Profite unterordnen, besteht eine ernsthafte Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland und seine Wettbewerbsfähigkeit. Während andere - überwiegend ausländische - Autohersteller seit Jahren andere saubere Technologien zur Marktreife gebracht haben, pflegen die deutschen Autohersteller eine Technologie, deren Nachteil vor allem in den schwer zu vermeidenden Emissionen liegt. Anstatt in saubere Mobilität zu investieren, sprachen sich die Manager mehrerer Autobauer ab, zum Schaden unserer aller Gesundheit und der Umwelt.

Während in den USA infolge der Abgasmanipulationen hohe Strafen gezahlt, Schadenersatz in großen Umfang geleistet werden muss, sogar Haftstrafen für Automobilmanager drohen und die die ganze Technologie grundlegend in Frage gestellt wird, kommen die Autobauer hierzulande bisher mit verhältnismäßig überschaubaren Anpassungen durch. Es ist nicht hinzunehmen, dass US-Verbraucher Schadensersatz gewährt wird und deutschen Verbrauchern nicht.

Gleichzeitig erleben wir ein völliges Ungleichgewicht im Klimaschutz. Während die Regeln für Gebäude ständig verschärft werden, begnügt sich der Verkehrsminister mit Minimalzusagen seitens der Autoindustrie, dass eine Software-Aktualisierung die nötige Abhilfe schaffen würde. So werden wir die Klimaschutzziele für 2020 trotz der Zusagen der Bundeskanzlerin Dr. Merkel krachend verfehlen.

Dass die Autokonzerne und ihre Manager in die Verantwortung genommen werden, ist eine Frage der Gerechtigkeit. Es darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Autofahrerinnen und Autofahrer dürfen nicht auf den Kosten sitzen bleiben. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen nicht den Preis für die Verfehlungen der offenbar entrückten Vorstände zahlen müssen. Dieser organisierte Betrug muss Konsequenzen haben. Deshalb stehe ich zu folgenden Forderungen:

1. **Notwendige technische Nachrüstungen für betroffene Dieselaautos müssen auf Kosten des jeweiligen Autobauers bei voller Kompensation der Eigentümer ausgeführt werden.** Es ist wahrscheinlich, dass Software-Aktualisierungen allein nicht helfen werden, um Dieselaabgase zu reinigen. Die Verantwortlichen müssen aufhören den Bürgerinnen und Bürgern in die Tasche zu lügen. Hier hilft nur eines: Die Konzerne müssen klare Garantien abgeben, dass die Software-Updates erstens die angegebenen Umweltentlastungen erreichen und zweitens die vorhandene Hardware nicht schädigen. Weiterhin ist eine persönliche Haftung der Vorstände notwendig, wie sie z.B. bei kleinen und mittleren Unternehmen üblich ist. Erst wenn die Garantien und die persönlichen Haftungserklärungen abgegeben sind, zeigt die Automobilindustrie, dass sie wirklich ernsthaft das Kapitel „tricksen und täuschen“ beenden will.

2. **Verbraucherinnen und Verbraucher müssen umfassend für Nutzungsausfälle und Wertverlust entschädigt werden. Ihre Rechte müssen ganz oben stehen.** Eigentümer von betroffenen Fahrzeugen sollten auch ohne eigene teure und aufwendige Klage zu Ihrem Recht kommen können. Das ist Aufgabe der verursachenden Unternehmen, Aufsichtsbehörden und der Politik. Davon unbenommen muss die Möglichkeit einer Sammelklage geschaffen werden, um die Belastung von Besitzerinnen und Besitzern von Dieselfahrzeugen zu nehmen. Martin Schulz und Heiko Maas haben hier die richtigen Vorschläge gemacht. Dies wird zur Folge haben, dass Verbraucher, wie in den USA, ihre berechtigten Forderungen gegen die Konzerne durchsetzen können. Deswegen lehnen die Lobbyparteien CDU/CSU und FDP diese Forderungen auch bisher ab.

3. **Die Sicherung von Arbeitsplätzen und des Wirtschaftsstandorts Deutschland muss oberste Priorität haben.** Mit der Bildung eines illegalen Automobilkartells hat die deutsche Autoindustrie nur Verlierer produziert. Verbraucherinnen und Verbraucher und die Umwelt zahlen die Zeche. Der Ruf



Deutschlands als innovativer Technologiestandort – insbesondere im Bereich der Umwelttechnik – leidet massiv. Die Autoindustrie muss stärker kontrolliert werden und mit allen Mitteln der Wettbewerbsmarkt wiederhergestellt werden.

4. **Politik und Autoindustrie müssen entflechtet, Wechsel von Ministerien in die Industrie erschwert und Lobbyisten stärker kontrolliert werden.** Der Dieselskandal ist auch durch die enge Verflechtung von Politik und Automobilwirtschaft ermöglicht worden. Effektive Aufsicht kann nur durch strikte Trennung erfolgen. Daher gilt es, die engen Verflechtungen zwischen Automobilindustrie und Politik zu kappen. Mitarbeiter der Automobilkonzerne dürfen nicht mehr länger im Verkehrsministerium tätig sein. Spitzenpolitiker dürfen nicht einfach aus Ministerien innerhalb von weniger Wochen in Vorstandsposten der Industrie wechseln und Einfluss auf Regierungshandeln nehmen dürfen. Ich fordere daher eine erhöhte Abklingphase von zwei Jahren, bevor hochrangige Ministeriumsmitarbeiter ihrer Kontakte wegen in die Wirtschaft wechseln dürfen. Den Fall des Kanzlerin-Vertrauten, Eckhard von Klaeden, der nun im Abgasskandal das Kanzleramt beeinflusst hat, hätte es nie geben dürfen.

5. **Wir brauchen einen klaren Stufenplan hin zu emissionsfreier Mobilität. Ähnlich wie im Bereich Atom- und Kohleindustrie, brauchen wir einen Stufenplan um einen Übergang zu emissionsfreier Mobilität zu schaffen.** Dazu verpflichtet uns schon das Pariser Klimaabkommen. Nur eine politische Entscheidung kann die nötige Klarheit für alle Marktteilnehmer schaffen und gute Rahmenbedingungen für Innovationen. Dieselaabgase zu reinigen ist aufwendig und teuer und sollte lediglich eine Übergangstechnologie hin zu emissionsfreier Mobilität sein. In einem ersten Schritt sind die Subventionen für Diesel zu streichen und die frei werdenden Mittel sind in einem guten öffentlichen Nahverkehr, in Forschungsgeldern für emissionsfreie Mobilität und den Umbau unserer Strom- und Gasnetze umzulenken.

6. **Der Umgang mit Fahrverboten und Umrüstungen muss sozial verträglich umgesetzt werden. Es muss sichergestellt werden, dass Bewohnerinnen und Bewohner von Innenstadtbereichen nicht doppelt belastet werden.** Einerseits leiden Sie am meisten unter den Emissionen und verlieren unter Umständen auch noch die Erlaubnis ihr Fahrzeug zu nutzen. Besonders Kleinunternehmerinnen müssen davor geschützt werden unverschuldet ihrer Arbeit nicht nachgehen zu können, weil Fahrzeuge nicht mehr nutzbar sind.

7. **Verantwortlichkeiten müssen schonungslos aufgeklärt werden.** Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, welche Unternehmen und Personen wann und in welchem Rahmen betrogen haben. Ebenso ist lückenlos aufzuklären, ob Aufsichtsbehörden Fehler oder sich gar mit schuldig gemacht haben sowie ob und ab wann Regierungsmitglieder auf Landes- und Bundesebene von den Betrugsvorwürfen und der Kartellbildung gewusst haben. Es muss klar gestellt werden, dass Manager bei schwerem Fehlverhalten zukünftig einer persönlichen Haftung unterzogen werden, aus der sie sich auch nicht durch Versicherungen herauskaufen können.